

Königskinder?

Über die Tücken westlicher Selbstverständlichkeiten: Zur Verleihung des Fritz- Bauer- Preises 2001

Da war einmal ein Verein, und da hatten Leute eine gute Idee. Die Leute mit der Idee waren glücklicherweise auch im Vorstand ihres Vereins und konnten sie daher umsetzen. Leider aber war ihre Idee etwas unvollständig, sie hatte daher nicht nur gute Folgen und alles kam so:

Als sich Deutschland im März 1999 unter strikt humanitären Losungen an einem Angriffskrieg beteiligte, existierte von der ehemals großen deutschen Friedensbewegung nur mehr ein lockeres Netzwerk verstreuter Aktivisten. Viele ihrer ehemaligen Mitstreiter nahmen, an mehr oder minder prominenter Stelle oder nur im privaten Gespräch für den Krieg Partei. Die Grüne Partei präsentierte sich tief zerrissen, aber ungespalten. An aktiven Widerstand gegen den Krieg war nicht zu denken. In dieser Situation verfassten einige Leute einen "Aufruf an alle Soldaten der Bundeswehr, die am Jugoslawien-Krieg beteiligt sind – Verweigern sie ihre weitere Beteiligung an diesem Krieg!" Der Aufruf enthält keine Analyse des Krieges, aber eine klare Würdigung der fehlenden rechtlichen und moralischen Grundlagen der Gewaltanwendung durch die Nato und verschweigt die Konsequenz nicht: die Verweigerung des Kriegsdienstes. Nicht nur "sich weigernde Soldaten", denen man Hilfe zusagte, auch die Unterstützer des Aufrufs setzten sich um ihrer Ziele willen bewusst staatlichen Sanktionen aus. Sie riefen zur Wehrkraftzersetzung auf.

Der Aufruf wurde in einer ersten Runde von 28 Einzelpersonen und 3 Organisationen unterzeichnet. Zu den "Erstunterzeichnern" zählte das Neue Forum Berlin, das sich um weitere Unterstützung und Verbreitung des Aufrufs bemühte. Mit Erfolg. Bis zum 13. April unterschrieben über 30 Menschen, vor allem aus der Ostberliner Oppositionsszene. Nach einigen Verhandlungen erschien in der taz vom 26. April eine, vom Neuen Forum Berlin bezahlte Anzeige. Die Anzeige veröffentlichte den Text des Aufrufs, die Namen der Erstunterzeichnern sowie nach einer Ergänzung die Liste der "Zweitunterzeichner". Die Ergänzung der ostdeutschen Oppositionellen verschärfte den Aufruf (Desertieren sie!) und ergänzte ihn um mehrere Forderungen (z.B. sofortiger Stopp der Bombardements, menschenwürdige Unterbringung und Arbeitserlaubnis für alle hier lebenden Flüchtlinge).

Friedensbewegungen können Kriege nicht verhindern. Während auf dem Balkan die blutige Erpressung Jugoslawiens voranschritt, begann die Berliner Staatsanwaltschaft mit der Sicherung der Heimatfront. Aufgeschreckt durch die taz- Anzeige eröffnete sie Ermittlungen gegen die Unterzeichner des Aufrufs. Diese Leute hatten die Disziplin und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte gefährden wollen, nur weil sie einen militärischen Einsatz für völkerrechtswidrig hielten. Selbstverständlich hielt sich die deutsche Justiz nicht mit irgendwelchen Erwägung über Erst- und Zweitunterzeichner auf. Jenseits ihrer Suche nach besonders belasteten Rädelsführern brachte sie unterschiedslos Menschen aus der ersten wie zweiten Runde vor Gericht – nur ein Grund mehr, freundschaftliche Beziehungen untereinander zu pflegen. Zwei Jahre gingen so ins Land.

Seit November 1999 kam es zu 41 Strafverfahren vor dem Amtsgericht Berlin, 33 Freisprüche stehen 7 Verurteilungen und eine Verfahrenseinstellung gegenüber. Manche Richter stellten das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung heraus. Andere

nahmen den Aufruf nicht ganz ernst, da doch alle deutschen Soldaten auf freiwilliger Basis am Kosovo Einsatz teilnahmen, es einer Verweigerung oder gar Desertion also nicht bedurfte, um dem Morden auf dem Balkan zu entgehen. Alle 40 beurteilten Fälle gingen in die Berufung, die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Zur Verwunderung mehrerer Unterzeichner vermochten die Gerichte selbst im Falle eines Freispruchs nicht ihrer Argumentation zu folgen, der Aufruf habe die Soldaten doch nur an ihre grundgesetzlichen Pflichten erinnern wollen. Noch weniger kamen die Staatsanwälte und Richter der Aufforderung nach, die vorgelegten rechtlichen Argumente über die Völkerrechts- und Grundgesetzwidrigkeit des Angriffskrieges zu prüfen und die Politik der Bundesregierung zu beurteilen. Die Vorstellungen über die Rechte und Pflichten von Soldaten und anderen Staatsdienern (Richtern, Staatsanwälten) waren zu unterschiedlich, als daß eine Verständigung zwischen Richtern und Angeklagten möglich gewesen wäre. So ganz wollen sich die aufrechten Pazifisten bis heute nicht ent-täuschen lassen: an der Täuschung, die offiziellen Vertreter der Staatsmacht verfehlten ihren "eigentlichen" Beruf, halten sie unausgesetzt fest.

Ende des letzten Jahres entstand nun die Idee, den Erstunterzeichnern des "Aufrufs" den Fritz- Bauer- Preis der Humanistischen Union zu verleihen. Fritz Bauer war eine Ausnahmeerscheinung unter den deutschen Juristen, antinazistisch, als Generalstaatsanwalt in Hessen Initiator des Auschwitzprozesses. Bauer war selbst Mitglied der HU, die den Preis ein Jahr nach seinem Tode erstmals vergab und seit 1969 jene seltenen Bürger ehrt, die man in Deutschland "radikale Demokraten" nennt, häufig Juristen, die es mit solcher Haltung in ihrer konservativen Zunft bekanntlich besonders schwer haben. Nun erstmals eine Würdigung für Aufrührer, ein Kollektiv Angeklagter mit offenen Verfahren – dem respektablen Verein muss sein Entschluß kühn vorgekommen sein. Kühnheit nur gemildert durch den Umstand, dass man sich im Kreise der Erstunterzeichner weithin unter seinesgleichen befand, vertrauten Kollegen aus dem "Komitee für Grundrechte und Demokratie", langjährigen Bekannten aus der Friedensbewegung und Menschenrechtsarbeit. Der Beschluß ward gefasst, die Preisverleihung geplant für den 10. Juni im Grünen Salon der Volksbühne in (Ost)Berlin.

Aber da war noch etwas Vergessenenes, was sich bemerkbar machte: jene Zweitunterzeichner, die den Abdruck in der taz herbeigeführt hatten, die aus dem anderen Land, die man auch nicht so gut kennt. Ein Brief an den Vorstand der HU mit der Bitte um gleichmäßige Würdigung aller Unterzeichner änderte den Beschluß nicht mehr. "Stellvertretend" würde der Preis an die einen verliehen, auch die anderen könnten sich geehrt fühlen und seien zur Preisverleihung eingeladen. "Wir würden uns außerordentlich freuen, wenn sie ihre persönliche Teilnahme möglich machen könnten!" Man konnte nicht. Die Preisverleihung fand im vertrauten Rahmen und neuen Ambiente statt. Der Vorsitzende der HU wies auf all jene hin, die stellvertretend mitgeehrt wurden. Hans- Joachim Diesmann vom Hamburger Institut für Friedensforschung hielt die Laudatio. Elke Steven vom Kreis der Erstunterzeichner setzte in ihrer Dankesrede die schärferen Akzente, bezeichnete die damalige Politik als "verbrecherisch" und wies auf Interessen hin, die solche Kriege erst nötig machen. Deutlich erinnerte sie an die besondere Bedeutung, die der Veröffentlichung in der taz für die Wahrnehmung des Aufrufs zukam und verwies auf die "fälschlich Zweitunterzeichner" genannten, ohne die solches nicht geschehen wäre. Ein Satz des Bedauerns über die Abwesenheit der damaligen Mitstreiter fiel nicht. Der Preis sei weniger Ehrung als Ansporn, damit wir beim nächsten Male mehr seien, "dazu trägt

auch diese Preisverleihung bei". Wirklich?

Es geht hier nicht um die kulturellen Eigenheiten friedensbewegter Kreise in Ost und West. Es geht darum, daß man die einen kennt, und die andern nicht vermisst. Es geht um das Machtgefälle, das in den kulturellen Unterschieden nur umschrieben wird. Unter den Zweitunterzeichnern war kein Professor, keiner der Promovierten hat seinen Dokortitel aufgeführt. Alle, die ich kenne, haben ausführliche Erfahrung mit dem Arbeitsamt gemacht. Es gibt im Osten kein linksliberales Bürgertum, das, seines Wertes bewusst, in der Freizeit politischen arbeiten kann, ohne die eigene Existenz zu gefährden. Wer in den letzten zehn Jahren Bürger geworden ist, hat sich das bitter erarbeitet und nur selten philanthropische Neigungen. Dennoch gibt es im Osten, auch ohne bürgerliche Basis, eine staatsferne, lebendige und sehr ausdauernde Oppositionskultur, jenseits der alternativen Eliten der PDS. Es wäre daher möglich gewesen, einige dieser Leute tatsächlich stellvertretend für viele andere in Ost und West einen Moment auf eine gemeinsame Bühne zu bitten. Diese Chance wurde sehenden Auges vertan.

-

Erstveröffentlichung: express 6-7/2001